

Gerd Krumeich

## **Die Kriegsschulddiskussion im Schatten von Versailles 1919–1933**

### **1. Zum Forschungsstand und Problem**

Im Grunde steht die historische Forschung in dieser Frage auf dem Stand zu Beginn der 1990er Jahre. Es hatte in der Tat seit den 1980er Jahren und im Sog der Fischer-Diskussion einige neue Untersuchungen gegeben. Von denen insbesondere die von Ulrich Heinemann und Wolfgang Jäger wegweisend geblieben sind.<sup>1</sup> Hinzu kam Anfang der 1990er Jahre die ebenfalls vorbildlich recherchierte Spezialarbeit von Dreyer und Lembcke über die Kriegsschuld-Auseinandersetzung im Moment der Niederlage und der Verhandlungen von Versailles.<sup>2</sup>

Das große Problem dieser älteren Forschung, besonders deutlich in den Arbeiten von Geiss, Heinemann und Lembcke/Dreyer, liegt darin, dass die Autoren sich allzu sicher sind über die tatsächliche Alleinschuld oder zumindest überwiegende Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges von 1914. Von daher bringen sie keinerlei Verständnis auf für die damaligen Proteste nicht allein nationalistischer oder konservativer Provenienz. Sie untersuchen mit Präzision, „quellendicht“ und äußerst kritisch, alle Versuche von Institutionen, Parteien und Verbänden, die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen und regelrechte Propagandabarrieren gegen die richtige Einsicht in die Schuld des Deutschen Reiches zu schaffen. Die historistisch-verstehende Überlegung, dass die ungeheure Energie dieser Kriegsunschuld-Propaganda eventuell von der Überzeugung der allermeisten Deutschen genährt wurde, dass Deutschland keinesfalls Hauptschuldiger bzw. sogar Alleinschuldiger am Weltkrieg sei, wird so leider vollkommen aus der Analyse und historischen Kritik ausgeschlossen.

---

1 Ulrich Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983; Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 1984; Imanuel Geiss, *Die manipulierte Kriegsschuldfrage*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 2/1983, S. 31–60.

2 Michael Dreyer und Oliver Lembcke, *Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19*, Leipzig 1993.

Man kommt aber auf diese Weise den Menschen der damaligen Zeit nicht näher und verfehlt vollkommen die Intensität der Schulddebatte unmittelbar nach dem Krieg. Es bleibt unbenommen, dass diese auch massiv politisch instrumentalisiert wurde, aber das konnte sie ja nur werden, weil die Kriegsschuld eben eine Frage war, die alle Menschen damals zutiefst betraf und die von daher notwendigerweise in den Focus des politischen Diskurses bzw. Streites geriet. Man sollte sich heute einfach nur einmal vorstellen, was es für die Deutschen, die größtenteils zutiefst davon überzeugt waren, einen legitimen Verteidigungskrieg geführt zu haben bedeutete, nunmehr an „zumindest sieben Millionen Toten“ schuld zu sein, deren Blut, wie Georges Clemenceau es den deutschen Delegierten in Versailles schriftlich gab, „den Boden Europas tränkt“.<sup>3</sup>

Die (über)kritische Kriegsschuld-Forschung der 1980er und 1990er Jahre war natürlich eine Folge des Konsenses, der sich seit den 1970er Jahren in der Frage der deutschen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges insgesamt ergeben hatte. Waren Fritz Fischers diesbezügliche Thesen Anfang der 1960er Jahre noch ein regelrechter Skandal, so waren sie ca. zehn Jahre später so ziemlich zum Allgemeingut sowohl der historischen Forschung als auch der Rezeption in den gebildeten Schichten in Deutschland geworden. H.-U. Wehlers vielfach neu aufgelegtes Werk „Das Deutsche Kaiserreich“, der den Kriegsausbruch aus dem unersättlichen deutschen Imperialismus (auch Sozialimperialismus) herleitete, wurde zum Handbuch des universitären und gymnasialen Unterrichts.<sup>4</sup>

Aus dieser Grundüberzeugung der deutschen Gebildeten, dass Deutschland am Ersten Weltkrieg unbezweifelbar die Hauptschuld treffe, ergibt sich auch die heute überwiegende „kritische“ Sicht des Verhaltens der Deutschen, und besonders der deutschen Delegation in Versailles in der Frage des Friedensschlusses 1919.

Überzeugungs- und stilbildend ist insbesondere die Auffassung von Eberhard Kolb geworden, dass die Deutschen bessere Friedensbedingungen hätten erhalten können, hätten sie in Versailles nicht alles auf die Kriegsschuldfrage zugespitzt:

„Der Artikel 231 hatte die Funktion, eine juristische Haftung des Deutschen Reiches für die angerichteten Schäden vertraglich zu verankern und den Reparations-

---

3 Vgl. das gesamte Zitat weiter unten.

4 Hans-Ulrich Wehler, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973; zur sogenannten „Fischer-Kontroverse“ vgl. den weiterführenden Wikipedia-Beitrag mit nahezu der gesamten Forschungsliteratur: <https://de.wikipedia.org/wiki/Fischer-Kontroverse> (eingesehen 14.11.2019).

anspruch damit rechtlich abzusichern; er entbehrte damit zunächst weitgehend des Charakters einer massiven moralischen Diskreditierung Deutschlands.“

Erst durch den leidenschaftlichen Protest der Deutschen habe der Artikel den Charakter eines moralischen Kriegsschuldverdikts erhalten.<sup>5</sup>

Von daher war „Die Schlafwandler“ von Christopher Clark eine regelrechte Revolution. Seine weitgehende Entlastung des Deutschen Reiches von der Kriegsschuld 1914 hatte de-traumatisierenden Charakter, wie der ungeheure Verkaufserfolg dieses Buches mit seinen mehr als 350.000 in Deutschland verkauften Exemplaren der Originalauflage zeigt.<sup>6</sup> Und für die Geschichtswissenschaft brachte Clark die Möglichkeit zu einer regelrechten Kehrtwendung, die heute allmählich Platz zu greifen scheint. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung in eigener Sache: Ich habe auf dem Höhepunkt des Clark-Enthusiasmus so ziemlich alleinstehend eine Publikation vorgelegt, die zeigen sollte, dass bei aller Anerkennung für Clarks Quellenforschung und Darstellungskraft er das Deutsche Reich in der Krisensituation von 1912–1914 doch allzu freundlich beurteilt. Für mich steht fest, dass Deutschland sicherlich keineswegs allein das Pulver beschafft hat, das im Juli 1914 explodierte, dass aber die Führung des Deutschen Reiches im Juli 1914 eindeutig das Feuer an die Lunte gelegt hat, die der gesamteuropäische Imperialismus geschaffen hatte.<sup>7</sup>

Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass die Überzeugung der allermeisten Deutschen, damals „eingekreist“ worden zu sein und einen legitimen Verteidigungskrieg zu führen, sehr viel stärker in die historische Analyse und Beurteilung Eingang finden muss als es die alte „kritische“ Historiografie zulassen konnte oder wollte. Für diese war und blieb es entscheidend festzustellen, dass Deutschland eben nicht „eingekreist“ worden sei, sondern sich selber aus dem Kreis der großen Mächte „ausgekreis“t habe. Mein Einwand, dass diese „Selbstauskreisung“ doch keineswegs quer steht zu der damaligen Überzeugung der allermeisten Deutschen vom bösen Willen der anderen europäischen Großmächte gegenüber Deutschland ist eigentlich nur eine „historistische Ergänzung“ und notwendige Vertiefung im Sinne historischen „Verstehens“.

Eine solche streng historistische Perspektivierung erlaubt wohl auch auf Dauer ein gerechteres Verstehen der damaligen Einstellungen und der aus

---

5 Eberhard Kolb, *Der Frieden von Versailles*, München 2005, S. 66.

6 Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013; vgl. zu diesem Buch auch meine Kritik: Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014, bes. S. 64f., 67f., 107f.

7 Gerd Krumeich, Juli 1914 (wie Anm. 6.).

allgemeiner Empörung entspringenden Aktionen in den Jahren nach 1918. Nicht von ungefähr, und keineswegs allein wegen der von Staats wegen und von Parteien und Verbänden betriebenen Agitation hatte die Anti-Kriegsschuld-Agitation so ungeheure Ausmaße. Man muss, wenn man die Flut der diesbezüglichen Bücher, Broschüren und Zeitungsartikel auch nur einigermaßen überblickt, eigentlich zu dem Schluss kommen, dass kein anderes Thema die Deutschen mehr und drängender bewegt hat als eben diese Frage der deutschen Schuld an einem Weltkrieg, der allein zwei Millionen tote deutsche Soldaten gefordert hatte und dessen Gesamtverluste von zumindest 10 Millionen toten Soldaten damals nicht einmal ansatzweise erkannt wurden.

Ein kleiner Überblick über die hauptsächlichen Titel dieser „Kriegsunschuld-literatur“ mag spürbar machen, wie intensiv und großflächig diese Kampagne verlief, wie sie mit Argumenten und immer wieder neuen Begründungen ungefähr 15 Jahre lang den deutschen Buchmarkt beherrschte.

- Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“ von 1922 bis 1944;
- „Bilddokumente zur Kriegsschuldfrage“ (1924);
- „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ (1923) von Max Graf Montgelas, dem Mitherausgeber der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ und der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“;
- „Leitsätze zur Kriegsschuldfrage“ (1927) von demselben;
- „Grundzüge der Kriegsschuldfrage“ (3. Aufl. 1926);
- „Anklage und Widerlegung. Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage“ mit einem Anhang: Erklärungen der deutschen Regierungen zur Kriegsschuldfrage (bis 1928);
- „Die Kriegsschuldfrage in der deutschen Schule“ (1933) von Georg Hanke;
- „Die Kriegsschuldfrage. Ein Verzeichnis der Literatur des In- und Auslandes“, (1925), hg. vom Börsenverein der deutschen Buchhändler;
- „Die Lüge von der deutschen Kriegsschuld im Geschichtsunterricht der deutschen Schulen“ (1924).

## 2. Nachklang 1933

Vielleicht lässt sich die ganze und die Deutschen zutiefst bewegende Dimension der Kriegsschuldfrage am besten durch einen Zwischenfall zeigen, der bislang der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen ist. In seiner Rede zur Begründung des Antrags auf ein Ermächtigungsgesetz erklärte Hitler am 23.3.1933:

„Das Gelingen der Revolution sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Ihre moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trügen die Schuld am Ausbruch des Krieges.“<sup>8</sup>

Wenn es schon als merkwürdig anmuten mag, dass Hitler in einer solchen entscheidenden und ganz auf die Zukunft gerichteten Situation den Akzent auf die Novemberrevolution und die Kriegsschulddiskussion legte, so mag noch mehr erstaunen, dass Otto Wels in seiner so mutigen und verzweifelten Widerrede (die nicht von ungefähr als ein Lehrstück für demokratisches Engagement auch in hoffnungsloser Zeit zu gelten hat), genau auf diesen Punkt einging. Wie kaum einmal bemerkt, enthielt Wels' Rede auch eine Anerkennung des außenpolitischen Programms Hitlers. Zudem betonte Otto Wels, dass er selber bereits im Februar 1919 auf einem internationalen Kongress „der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten“ sei. Ausdrücklich bestätigte er Hitler mit einem Hinweis auf den „Wahnsinn der Reparationen“.

Hitler nahm sehr erregt sofort Stellung:

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt!

[...]. Sie erklären, dass die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterschreibt, dass sie die Kriegsschuldlüge ablehnt, dass sie gegen die Reparationen sich wende. Nun erhebe ich nur die eine Frage: Was war denn dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Deutschland hatten?“<sup>9</sup>

Könnte irgendetwas besser die traumatische Dimension der Kriegsschuldfrage aufzeigen als dieser absurde Dialog unmittelbar vor der Zerschlagung der deutschen Demokratie?

### 3. Die Anfänge der Kriegsschuld-Diskussion

Aber kehren wir zu den Anfängen der Kriegsschulddiskussion zurück. Bereits in ihrer Antwort auf die deutsche Friedensinitiative vom Dezember 1916 hatten die Alliierten betont, dass vor jedem Friedensschluss die Erledigung der durch die deutsche Aggression von 1914 angerichteten Schäden stehen werde.<sup>10</sup> Nun, im November 1918, wurde genau diese Forderung im Notenaustausch zwischen Wilson und der deutschen Regierung präzisiert und verstärkt. Die vom Staatssekretär des amerikanischen Präsidenten, Robert Lansing verfasste und deshalb noch heute als „Lansing-Note“ bezeichnete Antwort auf das deutsche Vermittlungersuchen, hatte folgenden Wortlaut:

---

8 Zit. nach: Max Domarus (Hg.), Hitler. Reden 1932–1945, Bd. 1, Wiesbaden 1973, S. 229.

9 Ebd.

10 Vgl. Dreyer/Lembcke, S. 44f.

„The Allied Governments feel that no doubt ought to be allowed to exist as to what this provision implies. By it they understand that compensation will be made by Germany for all damage done to the civilian population of the Allies and their property by the *aggression of Germany, by land, by sea, and from the air.*“<sup>11</sup>

Urgrund aller Reparationsansprüche blieb also die Feststellung, dass es im Juli 1914 eine deutsche „Aggression“ gegeben habe, die den Krieg auslöste, weshalb Deutschland für alle Schäden verantwortlich sei.

Die Deutschen haben damals „Aggression“ mit „Angriff“ übersetzt und sofort betont, dass sie selbstverständlich bereit seien, für die durch ihre Angriffe etwa in Belgien und Frankreich entstandenen Schäden zu zahlen, nicht aber für die Schäden, die die Alliierten selber mit der Zerstörung von Dörfern, Städten und Kunstwerken, etwa der Kathedrale von Laon, angerichtet hätten. Aber auf diese Distinktion ließen sich die Alliierten nicht ein, weshalb die Deutschen sich durchweg als von Wilsons Versprechen eines gerechten Friedens enttäuscht bzw. als betrogen empfanden.<sup>12</sup>

#### 4. Der Eisner-Skandal ab November 1918

Es versteht sich, dass unter diesen Umständen die – gekürzte! – Veröffentlichung eines brisanten Berichts des bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, vom 28. Juli 1914 durch den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner wenige Tage nach dessen revolutionärer Amtsübernahme vom 8.11.1918 riesige Wellen schlug. Denn in diesem Bericht wurde genauestens bewiesen, dass die deutsche Regierung im Juli 1914 keineswegs versucht hatte, das Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien zu mäßigen. Sie hatte im Gegenteil die Habsburgermonarchie in ihrem Vorhaben bestärkt, das Attentat von Sarajewo zu nutzen, um Serbien endgültig zu schlagen.

Was genau hat Eisner am „Lerchenfeld-Bericht“ geändert? Die synchrone Replikation in der Edition von Pius Durr zeigt, dass nichts hinzugefügt worden ist. Es geht im Grunde um eine große Auslassung und einige resümierende Einschübe. Hinzu kommt, dass Eisner zur Betonung der ihm als besonders skandalös erscheinenden Elemente des Berichts einige Wörter oder Halbsätze gesperrt drucken ließ, um deren besondere Bedeutung zu zeigen. Ausgelassen wurde der lange Passus, wo die Meinung der

11 Materialien betreffend die Friedensverhandlungen, Teil 1, Charlottenburg 1919, S. 6, meine Hervorhebung.

12 Die in vieler Hinsicht nützliche Quellensammlung von Klaus Schwabe, Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997, erkennt diesen Unterschied nicht, vgl. ebd. S. 68.

Berliner Verantwortlichen wiedergegeben wird, dass sich der Konflikt sicherlich auf Österreich-Ungarn und Serbien begrenzen, also „lokalisieren“ ließe, wie das in der Juli-Krise so häufig gebrauchte Reizwort lautete. Eisner war allein die Tatsache wichtig, dass Deutschland laut diesem Bericht entschlossen war, seinen Bündnispartner auch dann zu unterstützen, wenn die anderen Großmächte eingreifen würden, auch auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin. Und er gab Einzelheiten in gesperrter Schrift wieder, wenn diese ihm zu belegen schienen, dass die deutsche Regierung eindeutig aggressive Absichten hatte und entschlossen gewesen sei, es zum Großen Krieg kommen zu lassen.<sup>13</sup>

Schaut man auf die Forschung zur Julikrise seit den 1960er Jahren, so wird schnell erkennbar, dass sich die Auffassungen der Historiker nach wie vor exakt an dieser Stelle polarisieren. War die Forderung, den Konflikt zu „lokalisieren“ ein Beweis für die im Grunde friedlichen Absichten der deutschen Regierung, oder war das nur ein Feigenblatt bei bereits beschlossenen Kriegskurs? Die Frage muss hier nicht entschieden werden.<sup>14</sup> Aber die Dauerhaftigkeit des Problems erweist, dass Eisner sicherlich *bona fide* gehandelt hat. Er hielt, wie so viele Historiker heute noch, die „Lokalisierungs“-Absicht für höchstens nebensächlich und war so sehr von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands überzeugt, dass er alles, was in dem „Lerchenfeld-Bericht“ dagegen sprechen konnte, nur als „allerlei Betrachtungen“ oder „Geplauder“ qualifizierte. Er griff damit das Hauptargument der Verteidiger Deutschlands zentral an, denn diese hatten immer die Absicht der deutschen Regierung betont, den Krieg auf Österreich-Ungarn und Serbien zu begrenzen, ihn eben zu „lokalisieren“. Und dies beweise, dass Deutschland in keiner Weise die Intention gehabt habe, einen europäischen Krieg zwischen den Großmächten auszulösen. Genau dies war aber der Vorwurf, der im Vorfeld des Versailler Kongresses von den Alliierten gemacht wurde und dann in der „Mantelnote“ zu den Friedensbedingungen exemplarisch formuliert wurde.

Immer wieder verkündete Eisner auf Versammlungen die „alleinige Schuld“ Deutschlands. Auf der Berliner „Reichskonferenz“ der Arbeiter- und Soldatenräte vom 25. November 1918 kam es dabei zu einem scharfen Wortwechsel mit Scheidemann, der ihn bezichtigte, Deutschland mit der

---

13 Vgl. Pius Dirr (Hg.), Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München und Berlin 1925 (3. Aufl.), S. 6ff.; vgl. zur Polemik um Eisners Veröffentlichungen: Gerd Krumeich, Die unbewältigte Niederlage, Das Trauma des Ersten Weltkrieges und die Weimarer Republik, Freiburg 2018, S. 154ff.

14 Ich habe diese Lokalisierungs-Problematik in meinem „Juli 1914“ ausführlich diskutiert, vgl. ebd. S. 79–106.

Veröffentlichung der Julikrisen-Dokumente aus den bayerischen Archiven einen „Keulenschlag“ versetzt zu haben. Eisner, der diese Gelegenheit (und viele weitere) nutzte, um mit den Führern der Kriegs-MSPD abzurechnen, forderte, dass Politiker, die Deutschland in den Krieg getrieben und enorme Kriegsziele vertreten hätten, etwa Jagow, Zimmermann und Erzberger, nicht mehr frei herumlaufen dürften. Denn sie seien „kriminell“ gewesen wegen ihrer Verantwortungslosigkeit vor und während des Krieges.

Der ehemalige Reichskanzler Bethmann Hollweg, in der Juli-Krise ja der entscheidende Politiker, nahm bereits am 27. November 1918 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung ausführlich Stellung zu den Veröffentlichungen. Es sei zutreffend, dass man im Juli 1914 auch „weitere kriegerische Komplikationen“ in Kauf genommen habe, um das Bündnis mit Österreich-Ungarn, dem einzigen Helfer Deutschlands, zu retten. Auch sei sicherlich das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien zu scharf gewesen. Aber niemals habe die deutsche Regierung geplant, einen Weltkrieg zu entfesseln. Entscheidend sei die russische Generalmobilmachung gewesen.

Hans Delbrück erklärte in einem Kommentar zu einem Eisners Aktivitätenen bagatellisierenden Aufsatz des Pazifisten Friedrich W. Foerster:

„Die Eisnersche Publikation ist eine der frechsten und niederträchtigsten diplomatischen Fälschungen der Weltgeschichte. Dass Herr Prof. Foerster imstande ist, eine solche Tat zu entschuldigen, zeugt von einer moralischen Unempfindlichkeit, die ich ihm nicht zugetraut hätte.“<sup>15</sup>

## 5. Die Bedeutung der Kriegsschuldfrage für die Versailler Verhandlungen

Wie bereits angedeutet, wird in der deutschen Forschung zumeist davon ausgegangen, dass erst das Verhalten der deutschen Delegation in Versailles, insbesondere die ungebührliche Art und Weise, mit der der deutsche Delegationsleiter, Graf Brockdorff-Rantzau, auf die alliierten Friedensvorschläge einging, dafür verantwortlich gemacht, dass deren Verhalten gegenüber Deutschland so unerbittlich wurde.<sup>16</sup> Dem ist entschieden zu widersprechen, wie die wichtigsten Stellungnahmen der Alliierten bereits vor Beginn der „Verhandlungen“ mit den Deutschen zeigen. So äußerte sich der

15 Alle zitierten Stellungnahmen abgedruckt bei Dirr, Bayerische Dokumente, S. 56ff.; auch Max Weber hat sich sehr entschieden gegen Eisner geäußert, vgl. dazu Krumeich, Die unbewältigte Niederlage, S. 158–160.

16 Kolb, Versailles; ähnlich auch Jörn Leonhard, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018, S. 963ff.; Eckart Conze, Die große Illusion, Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018, S. 360ff.



französische Staatspräsident Raymond Poincaré bei der Eröffnung der Versailler Verhandlungen am 18.1.1919 folgendermaßen:

„Was Ihnen die Autorität verleiht, einen Frieden der Gerechtigkeit zu schaffen, ist die Tatsache, dass keines der von Ihnen vertretenen Völker irgendeinen Anteil an diesem Verbrechen hat, das zu einem noch nie dagewesenen Unheil geführt hat [...] Die blutdurchtränkte Wahrheit ist bereits aus den kaiserlichen Archiven ans Licht gekommen. Der vorsätzliche Charakter des Anschlags ist schon jetzt erwiesen.“<sup>17</sup>

Auch der bereits am 28.3.1919 vorgelegte Bericht der „Schuldkommission“ der Alliierten sprach von einer „vorgefassten Absicht“ Deutschlands (und Österreich-Ungarns), den Krieg auszulösen. Um dies zu beweisen, wird in diesem Bericht die Julikrise von 1914 nahezu Tag für Tag durchgegangen. Die Schlussfolgerungen aus diesen Einzelerörterungen lauteten dann:

„Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen.

In Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn hat Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wiederholten Bemühungen, den Krieg zu verhüten, zunichte zu machen.“<sup>18</sup>

Brockdorff-Rantzaus Ausführungen, die er am 7.5.1919 bei der Überreichung der Friedensbedingungen im Sitzen (!) verlas, waren also keineswegs eine unverschämte Provokation, als welche sie in der deutschen Forschung nahezu passim dargestellt werden, sondern eine recht gemäßigte Antwort auf die zitierten – und viele andere – Anschuldigungen seitens der Siegermächte:

„Es wird von uns verlangt, dass wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, dass es zu diesem Weltkrieg kam, und dass er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. [...] Aber wir bestreiten nachdrücklich, dass Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet wird.“<sup>19</sup>

---

17 Raymond Poincaré, Messages, discours, allocutions, Bd. 2, Paris 1920, S. 132f., meine Übersetzung.

18 Zit. nach: Friedrich Purlitz (Hg.), Deutscher Geschichtskalender. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, Ergänzungsband: Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles, Leipzig 1919, S. 546.

19 Zit. nach Schwabe, Quellen zum Friedensschluss, S. 243.

## 6. Die offiziellen deutschen Publikationen

Bereits Ende 1918 wurde der Sozialistenführer Karl Kautsky von der Revolutionsregierung beauftragt, dem Auswärtigen Amt bis März 1919 eine Dokumentation der Julikrise von 1914 vorzulegen. Kautsky erfüllte diese Aufgabe auch pünktlich. Deren Veröffentlichung wurde aber verschoben, da Kautsky beim Studium der Akten zu der Überzeugung gelangt war, dass die deutsche Regierung erheblichen, wenn nicht maßgeblichen, Anteil am Kriegsausbruch gehabt hatte. Die Dokumentation erschien dann Ende 1919 unter dem Namen der international renommierten und als integer beziehungsweise pazifistisch eingestuften Persönlichkeiten Max Graf Montgelas und Walther Schücking. Kautsky, der, wenngleich wegen seiner sehr kritischen Haltung gegenüber der deutschen Politik in der Julikrise von 1914 „ausgebootet“, seine Einwilligung auch zu den gemäßigten beziehungsweise leicht apologetischen Formulierungen der Einleitung gegeben hatte, war offensichtlich gleichwohl nicht zufrieden. Denn er publizierte noch vor Erscheinen der Dokumente eine Broschüre „Wie der Weltkrieg entstand“, in deren Vorwort er sich bitter über den Mangel an regierungsoffizieller Unterstützung für seine Forschungen beschwerte. Auf nahezu 200 Seiten stellte Kautsky in dieser Schrift die längere und unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges nach den von ihm durchgesehenen Akten dar. Dabei ging er gnadenlos mit der deutschen und österreichischen Regierung ins Gericht. Er scheute sich nicht, von einer „Verschwörung“ zu sprechen, die beide gemeinsam gegen den europäischen Frieden ausgeheckt hätten. Kautskys Streitschrift entfachte leidenschaftliche Diskussionen. So warf ihm Hans Delbrück, der unerbittliche Kritiker des Wilhelminischen Militarismus und damals auch im Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zur Schuldfrage führend tätig, vor, sich allzu sehr von seinen Vorurteilen gegenüber den Machthabern von 1914 geleitet haben zu lassen. Kautsky habe

„die allerersten Pflichten des Historikers, die Tatsachen richtig und genau anzugeben und die Motive der Handelnden zu erkennen, sich in ihre Denkweise zu versetzen und sie richtig darzustellen, auf das grüblichste verletzt.“<sup>20</sup>

Anlässlich der „10 Jahre Kriegsbeginn“ veröffentlichte die deutsche Regierung am 29. August 1924 eine „Amtliche Kundgebung“ folgenden Wortlauts:

„Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff

---

20 Hans Delbrück, Kautsky und Harden, Berlin 1920, S. 6.

entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, dass sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.“

Und zehn Jahre nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages hieß es in einer gemeinsamen Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung:

„Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflossen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. [...] Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf lässt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege.“

Die Zurückweisung der Kriegsschuld war also direkt verbunden mit dem Kampf gegen „Versailles“ insgesamt. Aus diesem Grund wohl gab es in Deutschland auch keine relevante Diskussion um Nuancen in der Frage der Verantwortlichkeiten für den Ausbruch der europäischen Katastrophe. Wenn man einmal von der recht marginalen Position Eisners und gleichgesinnter Linker absieht, so blieb es bei einer durchgehenden, nahezu ununterscheidbaren Ablehnung von allen Parteien und Verbänden der gemäßigten Linken, der Mitte und der Rechten.

## **7. Kriegsschuldfrage und Dolchstoßlegende**

Diese grundsätzliche Übereinstimmung in der Ablehnung der alleinigen deutschen Kriegsschuld führte allerdings keineswegs zu einem überparteilichen Schulterchluss gegenüber den Behauptungen und Forderungen des Auslands, insbesondere Frankreichs. Dies lag daran, dass sich die Kriegsschuld-Diskussion untrennbar mit dem Dolchstoß-Vorwurf vermischte. Denn für die Rechten stand unumstößlich fest, dass es zu Versailles und der Kriegsschuld-Zuweisung überhaupt nicht gekommen wäre, wenn nicht die Revolution ausgebrochen wäre. Das oben zitierte Wort Hitlers vom März 1933 stellte in der ganzen Zeit der Weimarer Republik gleichermaßen ein Axiom des politischen Diskurses der Rechten dar. Es gab allerdings zwei Varianten

dieses Dolchstoßvorwurfs, wie sie etwa in der langjährigen Diskussion im Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung und dann des Reichstags über immer wieder thematisiert wurden:

- a) man hätte noch etwas durchhalten und bessere Friedensbedingungen erhalten können;
- b) das siegreich voranstürmende deutsche Heer sei von den jüdisch-kommunistischen Verschwörern am Sieg gehindert worden.

Es sei allerdings betont, was leider in den heutigen Darstellungen zur Dolchstoß-Problematik nahezu vollständig außer Acht gelassen wird, dass damals die gemäßigte Variante sowohl im Untersuchungsausschuss als auch in der politischen Öffentlichkeit sehr viel stärker verbreitet war, als die extreme Variante, die zunächst nur von den Nationalsozialisten und anderen „völkischen“ Verbänden sowie von einigen wenigen Militärs vertreten wurde. Diese letztere Variante ist allerdings heute fast allein noch bekannt, weil sie mit der „Machtergreifung“ und im Verlauf der 1930er Jahre allein noch Gültigkeit hatte und auch, weil sie zu Recht als eine katastrophale Verunstaltung der Wirklichkeit und Wahrheit zum Menetekel des NS überhaupt geworden ist.

Die erste Variante, also die Auffassung, dass unter Umständen „Versailles“ und die Kriegsschuld-Zuweisung an Deutschland anders abgelaufen wären, hätte die deutsche Armee noch ein wenig länger Widerstand leisten können, wenn die Revolution nicht gekommen wäre, bleibt heute ein zwar meistens peinlich vermiedenes, aber historisch durchaus diskutables Problem.<sup>21</sup> Alles hängt an der Frage, ob die Revolution ursächlich war für den Waffenstillstand in der Form, in der er sich vollzog, nämlich als eine wenig verschleierte bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Die allermeisten heutigen deutschen Historiker sind entschieden der Auffassung, dass die Armee im November 1919 schlicht geschlagen war und dass keinerlei weiteres Ausharren möglich bzw. sinnvoll gewesen wäre.<sup>22</sup> Und aus diesen Gründen habe die Revolution auch nichts mit der Niederlage zu tun, weshalb im Übrigen in all den aktuellen Revolutionsdarstellungen die gleichzeitige Kapitulation des deutschen Heeres weitestgehend ignoriert wird.

Interessanterweise sieht die in Deutschland kaum rezipierte französische Forschung zu diesem Thema die Sachlage anders. Im Jahre 2009, zum 90. Jahrestag des Kriegsendes, brachte das französische Armee-Archiv einen

---

21 Ich bereite aktuell eine Arbeit zu dieser (so schwierigen) Frage vor.

22 Vgl. hierzu mit Einzelnachweisen: Gerd Krumeich, Die unbewältigte Niederlage, S. 95–103.

reich bebilderten Ausstellungskatalog über die *Etrange victoire*, den „seltsamen Sieg“ von 1918 heraus.<sup>23</sup> Hierin wird mit einer großen Menge zeitgenössischer Quellen gezeigt, wie wenig die alliierte Militärführung noch im Oktober/November 1918 mit einem alsbaldigen Kriegsende rechnete. Die Planungen der alliierten Heerführer, Haig, Joffre, Foch, sahen noch große Operationen für das Frühjahr 1919 vor, mit denen man hoffte, die Deutschen endlich in die Knie zwingen zu können. Ende Oktober/Anfang November waren die deutschen Heere zwar überall auf dem Rückzug, aber sie lagen in recht gut befestigten Stellungen. Allerdings war die Kampfmoral, die ohnehin seit dem Juli 1918 stark schwankte, durch das Waffenstillstandsgesuch von Ende September 1918, welches ausschließlich auf den Einschätzungen Ludendorffs beruhte, noch einmal entscheidend unterminiert worden. Seit dem Waffenstillstandsersuchen, und erst seitdem, kam es zu den Massenfluchten in Gefangenschaft und zu erheblicher Disziplinlosigkeit, wie die neuere Forschung genau gezeigt hat.<sup>24</sup> Die Revolution wiederum hat natürlich ebenfalls mit diesem Ersuchen Ludendorffs zu tun, denn sie war in ihrem Anfang eigentlich eine „Revolution der Soldaten“ als Antwort auf die Forderungen und Maßnahmen im Hinblick auf eine „Re-Mobilisierung“ bzw. Prestigeaktionen wie die geplante Flottendemo vor Wilhelmshaven, die durch die empörten Matrosen unterbunden wurde. Aber in gewisser Weise ist auch Eisner Münchener Revolution vom 8.11.1918 desselben Ursprungs, denn die Demonstration, die gegen die Pläne und Maßnahmen zur Mobilisierung von „freigestellten“ Dienstpflichtigen begonnen hatte, wurde durch deren Mitwirken zu einer Massendemonstration mit anschließender Besetzung der politischen und militärischen Schaltstellen der bayerischen Landeshauptstadt.

Dies ist im Übrigen genau der Hintergrund der Behauptung Hitlers, dass die Novemberrevolution der entscheidende „Dolchstoß“ gegen das deutsche Heer gewesen sei. Die wahnwitzigen Folgerungen Hitlers und Gleichgesinnter, dass die „Juden und Bolschewisten“ diese absichtlich unternommen

---

23 Frédéric Gueltou (Hg.), *L'Etrange victoire*. Archives du Ministère de la guerre et témoignages inédits, Paris 2008.

24 Christoph Jahr, Bei einer geschlagenen Armee ist der Klügste, wer zuerst davonläuft. Das Problem der Desertion im deutschen und britischen Heer 1918, in: Jörg Duppler und Gerhard P. Groß (Hg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, München 1999, S. 241–272; David Stevenson, *With our Backs to the Wall. Victory and Defeat in 1918*, Cambridge/MA 2011; Scott Stephenson, *The Final Battle: Soldiers of the Western Front and the German Revolution*, Cambridge 2009; Alexander Watson, *Enduring the Great War: Combat, Morale and Collapse in the German and British Armies 1914–1918*, Cambridge 2008.

hätten, um eben Deutschland zu vernichten, sind heuristisch und historisch scharf zu trennen von dem was wohl tatsächlich zweifelsfrei der Anteil der Revolution nicht an der Niederlage aber an deren Form als Kapitulation war, mit der sich diese vollzog. Mit großer Sicherheit hätte Erzberger gegenüber Foch eine größere Verhandlungsbasis bei den Verhandlungen in Compiègne gehabt, wenn er zumindest damit hätte drohen können, diese abzubrechen. Denn nichts ist unsicherer als dass es den Franzosen und ihren Alliierten möglich gewesen wäre, ihre Soldaten wieder zu einer Offensive nach Deutschland hinein zu bewegen, hätten diese ebenfalls zutiefst kriegsmüden Männer gewusst, dass sie nicht für den Sieg sondern für extensive bzw. exzessive Forderungen ihrer Staatsmänner und Militärs weiterkämpfen sollten.<sup>25</sup> Und sicherlich hätte Erzberger im Falle eines möglichen Weiterkämpfens nicht zugestehen müssen, dass Deutschland wegen seiner „Aggression“ von 1914 verantwortlich sei für alle Kriegsschäden, die die Alliierten Staaten und deren Bürger erlitten hatten, und deshalb für deren Bezahlung aufzukommen habe. Das war ja nicht allein der Inhalt des „Kriegsschuld“-Artikels des Versailler Vertrages, sondern schon in den Artikeln des Waffenstillstands vom 11.11.1918 festgelegt worden. Erzberger hatte diese erst unterschrieben, nachdem ihm die militärische Führung signalisiert hatte, dass er im Notfall auch bedingungslos unterzeichnen solle, weil die Revolution jedes Weiterkämpfen unmöglich gemacht hatte.<sup>26</sup>

## 8. Conclusio

So blieb die Niederlage von 1918 die offene Wunde am Körper der Republik – eine Wunde, die bis 1933 in keiner Weise hat verheilen können. Hitlers Versprechen und seine konkreten Aktionen zur Revision von Versailles – nicht zuletzt sein Widerruf der Unterzeichnung des Kriegsschuldartikels des Vertrages von 1919 im Jahre 1934, haben ihm bei Millionen Deutschen, die seinem Extremismus durchaus fern standen, den Kredit verschafft, den er brauchte, um das Unrechtsregime durchzusetzen.

---

25 Vgl. Bruno Cabanes, *La victoire endeillée. La sortie de guerre des soldats français (1918–1920)*, Paris 2004; nicht von ungefähr wurden ja auch nach dem Waffenstillstand mit Deutschland nicht die einfachen französischen Frontsoldaten zum Kampf gegen den Kommunismus an die Ostfront geschickt, sondern überwiegend Berufssoldaten: vgl. hierzu: Jean-Jacques Becker und Gerd Krumeich, *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914–1918*, Essen 2010.

26 Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1928 (4. Aufl.), Nr. 107 (S. 265).